

Aarau, 22. März 2021

Offener Brief an den
Stadtrat
5000 Aarau

Rahmenbedingungen für Einwohnerratssitzung überprüfen

Sehr geehrte Stadträtinnen, sehr geehrte Stadträte

Für die FDP-Fraktion ist es nachvollziehbar, dass die Sitzung des Aarauer Einwohnerrates vom 29. März 2021 stattfinden muss. Nachdem die letzten beiden Sitzungen aufgrund der Corona-Situation nicht stattfinden konnten, gibt es zahlreiche und teilweise wichtige Geschäfte zu beraten.

Allerdings hat sich die Pandemie-Situation in jüngster Vergangenheit nicht verbessert, im Gegenteil – im schlimmsten Fall droht angesichts der steigenden Ansteckungszahlen eine spürbare Verschlechterung der Lage. Darauf hinweisend hat der Bundesrat am vergangenen Freitag trotz erheblichem Druck aus Teilen von Wirtschaft und Öffentlichkeit darauf verzichtet, weitere Öffnungsschritte zu erlassen.

Gerade in dieser Situation kommt dem Verhalten der städtischen Verwaltung und der Legislative als Vorbild grosse Bedeutung zu. In der aktuellen Situation, in welcher sich die Bevölkerung weiterhin an schmerzhaft eingeschränkte halten muss, könnte es ein falsches Signal sein, wenn die nun kommende Einwohnerratssitzung ohne Überprüfung einer Anpassung der Rahmenbedingungen durchgeführt würde. Denn letztlich werden sich während der Sitzung des Einwohnerrates rund 60 Personen mehrere Stunden in einem geschlossenen Saal aufhalten. Dabei ist es aus Sicht der FDP nicht entscheidend, dass politische Veranstaltungen in der vorliegenden Grössenordnung gemäss Bundesrat explizit erlaubt sind. Denn das Virus unterscheidet mutmasslich nicht, ob sich 60 Personen zu einer Einwohnerratssitzung treffen oder im gleichen Saal beispielsweise zu einem klassischen Konzert.

Konsequenterweise fordert die FDP den Stadtrat und das Ratsbüro auf, die Rahmenbedingungen für die Einwohnerratssitzung vom 29. März zu überdenken. So wurden mit dem Entscheid des Aargauer Regierungsrates vom 28. Januar 2021 die Voraussetzungen für «virtuelle Einwohnerratssitzungen mit Ausnahmegenehmigungen» geschaffen. Damit standen zwei Monate für die Vorbereitung einer virtuellen Sitzung zur Verfügung, was aus Sicht der FDP ein angemessener Zeitraum ist. Aarau könnte so nicht nur ein Zeichen setzen als Vorreiterin der digitalen Demokratie. Vielmehr könnten die anstehenden wichtigen Geschäfte gefahrlos behandelt werden und auch Mitglieder von Risikogruppen partizipieren. Umso mehr, als in den letzten Wochen und Monaten schon zahlreiche Kommissions- und Fraktionssitzungen auf kommunaler und kantonaler Ebene erfolgreich digital durchgeführt wurden.

Sollte die virtuelle Durchführung nun dennoch nicht möglich sein, regt die FDP an, dass nach Möglichkeit sichergestellt wird, dass nur nicht infizierte Personen an der Sitzung teilnehmen. Dazu können sich Einwohnerrätinnen und -räte sowie alle anderen physisch präsenten Personen vorgängig eigenverantwortlich testen lassen und/oder es werden vor der Sitzung (freiwillige) Schnelltests zur Verfügung gestellt. Dieses Vorgehen würde übrigens auch der durch den Bundesrat angestrebten Teststrategie entsprechen.

Besten Dank und freundliche Grüsse

Im Namen der FDP Fraktion

Yannick Berner
Fraktionspräsident